

Sozial-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Bezugsspreise:
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Ausstellung 7.50 Mark, vierteljährlich
18.50 Mk., durch die Post 22.50 Mk.,
einzel. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
einzel. Zeitungsverzeichnis unter
Sozial-Zeitung eingetragen. Für
unserlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Erlaubnis der Redaktion. Ver-
antwortl. Schriftf. Hr. 1418
1.7411, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133;

Anzeigenpreise:
Die 8 gespartene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unser Geschäftsstellen u. sämtliche
Anzeigenverträge. Erfüllungsort:
Halle. Erstausgabe täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schreibweise und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Prom-
nade 13, Dr. Draubowstr. 17.
Lieben-Geschäftsstellen: Große
Ulrichstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609

Nr. 365.

Halle, Sonnabend, den 7. August 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Der polnische Zusammenbruch.

Es steht jetzt außer allem Zweifel, daß Polen mili-
tärlich nicht mehr zu retten ist. Die Waffenstillstands-
verhandlungen vor Baranowitsch haben zu keinem Resul-
tate geführt; warum sie ergebnislos blieben, und von
welcher Seite die Haupthindernisse einer Verständigung
aus, wissen wir noch nicht genau. Wir sind ja auch noch
nicht über die Waffenstillstandsbedingungen unterrichtet,
die die Russen den polnischen Unterhändlern vorlegten. Bisher
ist nur bekannt, daß die Sowjetregierung die Waffenstill-
stands- und Friedensverhandlungen verknüpfen wollte, und
daß die Polen es abgelehnt haben, ohne Teilnahme Eng-
lands und Frankreichs über den Frieden zu sprechen. Sie
jandelten damit im Sinne der von London ausgegebenen
Parole. Als die Serie der polnischen Niederlagen begann,
wollte Lloyd George zwischen Sowjetrußland und dem
Schicksalsstaate der Entente vermitteln. Die Sowjets er-
klärten darauf in jener Antwort, die Millerand „imper-
nent“ genannt hat, daß sie zum Frieden bereit seien, aber
verlangten mühen, daß Polen selbst um Waffenstillstand
bitte. Auf einen Wink von London her hat sich die pol-
nische Regierung dazu bequemt, England schlug dann eine
Konferenz in London vor, wo unter dem Patronat der En-
tente über die polnisch-russischen Friedensbedingungen, über
die Handelsfragen, und schließlich über das Verhältnis
Sowjetrußlands zu den Ententeländern (also über das
Thema, zu dessen Erörterung Krassin schon monatelang in
sein britischen Hauptstabs) verhandelt werden sollte. Die
Russen haben diesen Vorschlag, soweit bisher bekannt, offi-
ziell nicht beantwortet; inoffiziell sollen sie sich zustimmen
geäußert und angeblich die Beteiligung „aller Großmächte“
in der Konferenz verlangt haben. Wenn sie jetzt mit den
Polen nicht nur über den Waffenstillstand, sondern auch
gleich über die Friedensbedingungen — oder doch über den
wichtigsten Teil derselben — debattieren wollen, so braucht
das nicht unbedingt eine Durchbrechung der Londoner Ab-
reden zu bedeuten. Aber eine gewisse Präjudizierung
dieser Absichten ist es auf jeden Fall. Vielleicht wünschten
die Russen die Polen auf gewisse Dinge festzulegen, um eine
Vorgabe im Spiel zu haben, zu dem sie sich in London nieder-
legen wollen oder müssen. Vielleicht dachte sie daran, mit
ihren Friedensbedingungen in Polen selbst agitatorisch zu
wirken. Vielleicht wollten sie die erwartete Ablehnung be-
nutzen, um ihren militärischen Sieg zu vervollständigen und
ihre territorialen Forderungen im Gebiete der polnischen Re-
publik zu vermindern.

Charakteristischerweise ist die Meinung, daß England
auf das russische Verhalten hin die Londoner Konferenz ab-
gelehnt habe, demontiert worden. Lloyd George geht mit
Sowjetrußland überaus vorsichtig um und läßt sich von
seinen Machthabern ziemlich viel bieten. Von einer mili-
tären Unterstützung Polens wird in England nicht mehr
— rühmt geredet. Die Briten wissen, daß sie aussichtslos
wäre und sie sind überdies mit militärischen Aufgaben und
Lästen in ihrer neuen Interessensphäre im nahen Osten
recht beschäftigt. In Mesopotamien allein sollen fast eine
Million Mann stehen. Sie drohen aber gar nicht erst mit
Krieg, sondern sie drohen wieder einmal mit ihrer Spezial-
waffe, dem Wirtschaftsstreike. Rußland soll erneut bloßiert
oder vielmehr die Blockade Rußlands soll fortgesetzt werden.
Den Russen liegt sicherlich sehr viel an der Wiederaufnahme
oder Wirtshaftszugehörigkeit mit dem Westen; aber es scheint
doch nicht, daß sie sie unbedingt und um jeden Preis heute
oder morgen haben müssen. Sonst hätte Krassin die Ver-
handlungen in London anders geführt. Die Waffe ist also
nicht von entscheidender Schärfe. Andererseits ist das bols-
chewistische Arsenal keineswegs leer. Von Afghanistan bis
Sri Lanka spürt Britannien überall die bolschewistische Unter-
stützung aller gegen die Reichsautorität gerichteten Bewe-
gungen. Und wenn die Befriedung des Kontinents ein
englisches Interesse ist, so kann Sowjetrußland dieses Inter-
esse nach der Wiedervereinigung Polens schwer schädigen.

Die einfache Wahrheit ist die, daß zwischen England
und Rußland keine so eindeutige machtpolitische Ueberlegen-
heit des einen Teils besteht, daß es dem anderen seinen
Willen aufzwingen könnte. Jeber von den beiden kann
dem Partner schaden, jeder ist in gewisser Beziehung auf ihn
angewiesen, aber keiner kann eben diktieren. Aus dieser
Situation ergibt sich ein gegenseitiges diplomatisches Be-
wahren, das schließlich zu irgend einer Art Kompromißver-
ständigung — wenn auch nur für den Augenblick und mit
Vorbehalt — führen mag.

In diesem eigentümlichen englisch-sowjetrussischen Ver-
hältnis liegt für uns die einzige Hoffnung, daß wir unsere
Neutralität aufrechterhalten und außerhalb des Kampfes
bleiben können. Die offizielle Betonung, daß wir unsere
Neutralität nach jeder Seite und mit allen Mitteln ver-
teidigen werden, war dringend notwendig. Gegen die En-
tente für unsere Neutralität Krieg mit den Waffen zu
führen, wäre ja ein ziemlich hoffnungsloses Unternehmen.
Aber es gibt andere Mittel, Mittel wirtschaftlicher Art (die
sich schon in Danzig bewährt haben) und zu ihnen müßten
wir greifen, um den Russen nicht Anlaß oder Vorwand zu
geben, unser Land zum Kriegsschauplatz zu machen. Wenn

die Entente nicht einen „großen Krieg“ gegen Rußland
führen will, sondern sich mit mehr demokratischen Hilfe-
leistungsverläufen begnügt, kann das gelingen. Daß Eng-
lands „diplomatische“ Politik in dieser Linie liegt, in ihr
liegen mag, ist immerhin eine leise Beruhigung in einer
Situation voll schwerster Gefahren.

Warschau rüstet zur Verteidigung.

Wl. B. Warschau, 6. August. Kurier Warschawski be-
richtet, der Stadtrat der Hauptstadt Warschau hat beschlossen,
einen Rat zur Verteidigung der Stadt zu bilden, der aus elf
Personen besteht und die Aufgabe haben soll, die Tätigkeit
der Bevölkerung der Stadt Warschau zur Verteidigung zu-
sammenzufassen. Gleichzeitig wird ein Aufruf an die Be-
völkerung erlassen.

Die Herabsetzung der Fleischpreise.

Der Volkswirtschaftsausschuß des Reichs-
tags hielt am Donnerstag eine längere Sitzung, in welcher
die Frage der Aufhebung der Zwangsverpflichtung für Vieh
und Fleisch weiterberaten wurde. Mit Bezugnahme auf die
Aussagen des Ernährungs- und Landwirtschaftsministers
legte der Abg. Wieser (Centr.) einen Antrag vor, die Auf-
hebung der Zwangsverpflichtung für Vieh und Fleisch so lange
hinauszuführen, bis die entsprechenden Sicherungen von
Brotgetreide und Futtermitteln durchgeführt sind. Minister
Fermes betont, daß diese Sicherungen zu schaffen erfor-
derliche Weise bis Mitte August nicht möglich sein werde.
Die Einfuhr von Meis und Futtermitteln werde sich wohl noch
in diesem Monat durchführen lassen; diese Futtermittel
sollten dann der Bewirtschaftung zu erträglichen Preisen zu-
geführt werden. Als dritte Bedingung für die Freigabe der
Fleischverpflichtung müsse der Fortbestand der Reichs-
fleischteile verlangt werden, damit diese auch ferner-
hin reguliert bei der Fleischherstellung und auf die Preis-
gestaltung wirken könne. Sachverständige sollten dabei mit-
wirken.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich
namentlich Abg. Dr. Böhm (Dem.) beteiligte, wird dem
stattegegeben und Oberregierungsrat Nikles gibt die dies-
bezüglichen Vorschläge der Regierung bekannt:
Die Großviehpreise sollen um 40 Mark
pro Zentner gesenkt werden und der Preis für
Tiere in der Klasse B um 30 Mark niedriger
gesetzt und für die schlechtesten dieser Klasse ein Preis von
240 Mark für den Zentner gesetzt werden.

Minister Fermes kann die gegen die Herabsetzung der
Viehpreise gemachten Einwände nicht als durchschlagend er-
achten. Die Herabsetzung der Viehpreise müßte er durch-
führen, insbesondere auch im Hinblick auf die Wünsche der
Landwirtschaft in Süddeutschland. Wegen Entschädigung
der an Maul- und Rußenerkrankung zu Verlust gegangenen
Tiere sei er mit den Ländern in Verbindung getreten.
Bayern hätte bereits über 30 Millionen Mark bereitgestellt.

Abg. Jaub (Bav. V.) beantragt eine Erhöhung der
Preise für Schweine und Räder um je 50 Mk. — Nachdem
der Minister dagegen Bedenken geäußert hatte, wurde dieser
Währungsantrag mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt
und die Regierungsvorlage unverändert an-
genommen.

Die Preise für gering genährte Rinder werden fest-
gesetzt auf 180 Mk. für angelegte Rinder, 240 Mk.,
fleischige Rinder (Klasse B) 300 Mk. und vollfleischige
Rinder (Klasse A) auf 340 Mk. für den Zentner. Der Höchst-
preis für Schlachtkälber im Alter unter drei Jahren wird
gesetzt auf 350 Mk. für Schlachtschweine auf 350 Mk. Der
Preis für Vertragschweine wird dadurch nicht berührt. Für
Schafe und Lämmer wurden je nach Art und Fleischqualität
Preise festgesetzt von 200 bis 360 Mk.

Dann wurde auch dem Regierungsentwurf über die
Einführung der Kundenliste für die Fleisch-
faktoren einstimmig Zustimmung erteilt, dabei
wurde betont, daß diese Verordnung nicht eine Befreiung
der öffentlichen Fleischbewirtschaftung bedeute. Ueber die
hierzu gestellten Anträge wurde die Beschlußfassung aus-
gesetzt.

Umstellung der staatlichen Betriebe auf kaufmännische Grundlage.

Leipzig, 5. Aug. Ueber die geplante Umstellung der
Staatsbetriebe auf kaufmännische Grundlage, die in Sachsen
zur Durchführung kommen soll, und welche auch in Preußen
mindestens Dr. Reinhold gegenüber dem Vertreter des
„Dammert-Dienkes“ unter anderem wie folgt: „Für die
einzelnen Länder wird es bei dem gegenwärtigen Stande
der Finanzen mehr denn je notwendig sein, sich aus ihren
industriellen Unternehmen Einnahmequellen zu er-
schließen. Dazu ist es zunächst nötig, daß die Herren, die
die Unternehmen des Staates leiten, dies nicht als Be-
wahrung in abhängiger Stellung tun, sondern daß ihr Verant-
wortungsbewußtsein dadurch gehoben wird, daß sie nach eigenem
Ermessen so viel als möglich die laufenden Entscheidungen zu
treffen vermögen. Zu diesem Zweck wird es notwendig
sein, die einzelstaatlichen Unternehmen mehr als bisher
auf eigene Füße zu stellen, so daß nicht nur rein äußerlich
in der doppelten Durchführung die Reform erfolgt, sondern
daß auch ihr der kaufmännische Geist in der Verwaltung er-
scheint. In der Verwaltung des Vermögensapparates
des Gesamtstaates, der vornehmlich, das ist der Schwerpunkt
aller Verbesserungen der nur langsam arbeitenden Staats-

maschine die einzelnen Unternehmen des Staates selbst-
ständig ausübt werden. Die nötige Kontrolle wird in
erster Linie von einem Verwaltungsrat ausgeübt werden,
dem Vertreter des Parlaments, der Regierung, der Arbeit-
nehmermacht und erfahrene Leute aus dem Privatwirtschafts-
leben angehören. Die Kontrolle und Bewilligungsrechte der
Volksämter sollen selbstverständlich gewahrt bleiben. Es
wird im Gegenteil die Kammer in jedem Etat ein Vor-
anschlag für die einzelnen Werke vorgelegt werden, des-
gleichen auch für jedes Rechnungsjahr eine vorher von Revi-
soren geprüfte Bilanz. Durch diese einschneidenden Ver-
änderungen hofft der Minister die wachsenden Staatsausgaben
in ertragsreiche Unternehmen umzuwandeln, an denen
übrigens entgegen anders lautenden Presseberichten aus-
ländisches Kapital niemals beteiligt sein wird.

Beamtenstreik im Saargebiet.

Saarbrücken, 6. August. Heute nacht sind die Beamten
im Saargebiet in den Streik getreten. Er richtet sich gegen
die Beschlüsse der Regierungskommission im Saargebiet,
wonach die Beamten der Regierungskommission den Treueid
leisten sollten und wonach diese Kommission das Recht hat,
die Beamten innerhalb sechs Monaten ohne Angabe von
Gründen zu entlassen. Auch die Eisenbahner haben den
Streik begonnen.

Die Steuerdrückeberger.

Eberfeld, 5. August. In den letzten Tagen sind die
Arbeiter in den Werken verschiedener großer Unternehmen
rortrefflich geworden, die bereits von den Wahlen abgesehen
Steuern zurück zu erhalten. Gestern nachmittag verlan-
gen auch die Angestellten des Wernerkhauses die Zahlung
der bereits eingehaltene Gelder. Da eine Einigung nicht
herbeigeführt werden konnte, mußte das Kaufhaus
geschlossen werden.

Der Streik an der Ueberlandzentrale Stralund.

Swinemünde, 5. August. Der Ausbruch der Beamten-
und Arbeiterstreik der Ueberlandzentrale Stralund und der
Betriebswerke Swinemünde dauert nach wie vor in vollem
Umfange an, so daß ganz Pommeren ohne Licht
und Kraft ist. Der Aufsichtsrat der Ueberlandzentrale
hat in den bisherigen Verhandlungen die Gehalts-
und Lohnherabsetzungen, die angesichts des günstigen Abflusses bei
der Generalversammlung gefordert wurden, abgelehnt.
Die Bawerte haben unter dem Streik sehr zu leiden:
die Zeitungen können noch immer nicht erscheinen. Im all-
gemeinen ist die Lage ruhig.

Vom polnisch-russischen Kriege.

Paris, 6. August. Nach einer Saasammlung aus
London behauptet „Daily Mail“ zu wissen, daß Lloyd George
gestern Krassin und Kamenev mitgeteilt habe, es seien Ver-
träge über die Wiederbeauftragung einer neuen
Botschaft an die britischen Gesandtschaften ergangen.

Paris, 6. August. Nach einer Saasammlung aus
London meldet „Morning Post“, daß sich eine polnische Dele-
gation zum Abschluß eines Friedensvertrages mit den Bolschewi-
ken am 5. August nach Winsk begeben habe.

Kopenhagen, 6. August. Nach einem Telegramm aus
Warschau lag der polnische Generalstab in der Lage an der
Front hat sich bedeutend gebessert. Zwischen
Kareem und Bug haben die Bolschewiken eine große Nieder-
lage erlitten, sie verloren 5000 Gefangene, 400 Kanonen,
eine große Anzahl Kanonen und Maschinengewehre. Auch auf
dem übrigen Teil der Front wird der Widerstand der Polen
von Stunde zu Stunde heftiger. Sowohl in Kongestepeln,
am Kareem und Bug, als auch in Diklatzjen am Serech,
waren gestern alle bolschewistischen Angriffe erfolglos. Die
Stadt Lomsha, die seit dem 27. Juli von den Bolschewiken
angegriffen wird, verteidigt sich hartnäckig. Die Beschie-
dung und Freimilize nehmen an der Verteidigung teil. Die
Besatzer der Stadt haben, anstatt zu flüchten, ein Ver-
teidigungslinien geschict und sind in großen Mengen in
den Hilfsdienst eingetretten. Die Frauen transportieren
Nahrungsmittel und tun Sanitätsdienste. Die Bauern von
den umliegenden Dörfern liefern unentgeltlich Lebensmittel
für die Garnison.

Amtierdam, 6. August. Der „Times“ zufolge wird in
russischen Kreisen in London behauptet, daß das Telegramm,
welches Kamenev aus London erhalten, und von dem Lloyd
George im Unterhause gesprochen hat, belagt, selbst wenn
Befehl gegeben würde, den Vormarsch einzustellen, würde
das rote Heer nicht gehorchen. Der Ausbruch einer Gegen-
revolution sei zu befürchten, da das rote Heer nicht
auf Frieden sein würde, bevor Warschau genommen
sei.

Kein russisch-deutsches Bündnis.

Paris, 6. August. Nach einer „Matin“-Melbung aus
London erklärte Krassin, Rußland habe mit Deutschland kein
Abkommen geschlossen.

Antideutsche Agitation in Polen.

Berlin, 6. August. In letzter Zeit wird in den a-
Polen abgetretenen Gebieten von nationalpolnisch-
polnischer Seite eine lebhaft Agitation gegen die deutsch-
stämmigen Bewohner des Gebiets geführt. Teilweise ist es

